Zwei Dokumente zu Ereignissen in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923

Josef Schwarz

Der Historiker Walter Fabian kommt in seiner 1930 erschienen Schrift „Klassenkampf um Sachsen“ zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften und die SPD den besten Schutz gegen einen Putsch der KPD gebildet hätten, falls – was er bezweifelt – die Kommunisten ihn gewollt hätten. Eine ähnliche Auffassung äußert Manfred Overesch in seiner Biographie Hermann Brills[1], in der er speziell auf die historische Situation im Jahre 1923 in Sachsen und Thüringen eingeht. Es stellt sich, aus verschiedenen Blickwinkeln immer wieder aufgeworfen, die Frage, ob die Kommunisten 1923 tatsächlich durch einen Putsch an die Macht kommen wollten, oder ob die Taktik des Zusammengehens mit den Sozialdemokraten, wie in Thüringen und Sachsen, für ihre Politik bestimmend war. In den beiden Ländern hatten sie die Möglichkeit, durch Tolerierung der Politik der SPD-Regierungen oder durch konstruktive Zusammenarbeit in einer durch KPD und SPD gebildeten gemeinsamen Arbeiter-Regierung Einfluß auf die Gesetzgebung und die praktische Politik zu nehmen. Gerade in der Phase der Tolerierung der SPD-Regierung durch die Kommunisten im Thüringer Landtag wurde eine Reihe sehr wichtiger Gesetze verabschiedet, die dem arbeitenden Volk zugute kamen und die den besten sozialdemokratischen Traditionen entsprachen, wie die Greilsche Schulreform und das Gesetz über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels. Behindert wurde das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder durch linkssektiererisches Verhalten.

Ein bisher kaum bekanntes und noch nicht veröffentlichtes Dokument kann von Bedeutung für die Einschätzung der Situation in Deutschland im Jahre 1923 sein. Es handelt sich um Thesen, die von Grigori Sinowjew im August 1923 während seines Urlaubs in Kislowodsk ausgearbeitet wurden. Die Kenntnis vom Dokument und eine vollständige Kopie verdanke ich Frau Dr. Karin Lohrmann, die für mich während eines Moskau-Aufenthaltes im Rußländischen Staatlichen Archiv für soziale und politische Geschichte (russ. RGASPI) recherchiert hat. Das in 15 Abschnitte gegliederte Dokument liegt in Deutsch vor. In meinem kürzlich erschienenen Buch „Die linkssozialischte Regierung Frölich in Thüringen 1923 – Hoffnung und Scheitern“, Schkeuditz 2000, habe ich daraus ausführlich zitiert.

Die Wirkung der Thesen sollte man nicht überschätzen, sie zeigen aber, wie in der

1 Siehe Manfred Overesch: Hermann Brill in Thüringen: Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

KPR(B) und in der Kommunistischen Internationale (KI) die Lage in Deutschland eingeschätzt wurde. Die deutschen Kommunisten traten nur mit Zustimmung der KI in die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen ein und im November 1923 in Thüringen auf Weisung wieder aus. Das Manifest, in dem die kommunistischen Minister Thüringens ihren Austritt aus der Regierung Frölich begründeten, lag im Original zunächst nicht vor. Ich war auf die Auszüge in Eberhardt Wörfels Schrift „Die Arbeiterregierung in Thgüringen 1923", Erfurt 1974, und auf die Reflexionen in der durch den damaligen Staatsminister Hermann vorgetragenen Regierungserklärung im Thüringer Landtag angewiesen. Der Ehefrau des verstorbenen Wörfel verdanke ich die Quelle, sie fand sie in seinem Nachlaß. Das Manifest war im „Der Kampfruf. Organ des revolutionären Proletariats Großthüringens", Nr. 4, Jena den 17. November 1923" veröffentlicht worden. (Nur am Rande sei vermerkt, daß diese Ausgabe 50 Milliarden Mark kostete. Der Preis vermittelt eine Vorstellung vom Ausmaß der Inflation im Jahre 1923).

Die Argumente des Rücktrittsmanifestes gehen – wie Sinowjews Thesen – von einer revolutionären Situation in Deutschland aus. Die SPD wird bezichtigt, mit ihrer „feigen Unentschlossenheit und Hinterhältigkeit ... Thüringen wehr- und würdelos den Volksfeinden ausgeliefert" zu haben.

Ich schließe mich der Meinung Otto Wenzels an, wenn er schreibt: Es sei schwer zu sagen, in welchem Ausmaß die hier zitierten Aufstandsvorbereitungen betrieben wurden, nur aus dem Gedächtnis einiger Beteiligter und Schriftsteller sei das nicht zu belegen[2], auch nicht, wenn Aktionen wie in Hamburg, Lörrach und anderen Orten in der späteren Geschichtsschreibung so qualifiziert wurden.

Es ist wohl eher davon auszugehen, daß die KPD solche Aktionen abbremste, auch um Verhandlungen mit der SPD in Hamburg, Lübeck, Bremen und Berlin nicht zu gefährden. Man kann natürlich immer noch auf den Aufstandsversuch in Hamburg verweisen. Meine Meinung dazu ist auf den Seiten 189-191 der oben erwähnten Arbeit dargelegt.

Inzwischen erhielt ich von dem aufmerksamen Leser Hans Vieregg eine interessante Schrift von Lothar Danner: „Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte von 1918 bis 1933", Hamburg 1958. Auch wenn man die politischen Auffassungen Danners (in den zwanziger Jahren Polizeipräsident von Hamburg) nicht teilt, so enthält seine Ausarbeitung interessante Details, die belegen, daß eine Verkettung von Umständen damals zum Losschlagen in einigen Stadtbezirken Hamburgs führte und daß die Zentrale der KPD davon überrascht wurde. Hugo Urbahns, der damals Sekretär der Hamburger KPD-Bezirksleitung war, traf am 21. Oktober 1923 um Mitternacht, aus Chemnitz kommend, in Hamburg ein und legte sich, in seiner Wohnung angekommen, ins Bett. Würde sich so ein Funktionär der

2 Siehe Otto Wenzel: Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923 (Diss. 1955 maschinenschriftlich).

KPD verhalten, der am nächsten Morgen einen Aufstand leiten soll? Urbahns wurde als der ideologische Vorbereiter und Führer des Aufstands wegen Hochverrats angeklagt und zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt. Die im Oktober 1925 angetretene Haft währte nur kurz, da Urbahns im selben Monat als gewählter Reichstagsabgeordneter wieder entlassen werden mußte.
Die hier angeführten Dokumente, hier unredigiert wiedergegeben, zeigen, daß dieser interessante Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch weiterer Forschungen bedarf.

Dokument 1
Thesenentwurf Grigori Sinowjews vom 15. August 1923

Streng geheim
Veröffentlicht werden kann nur eine stark umgearbeitete Leseart.

Die Lage in Deutschland und unsere Aufgaben.
Erster Entwurf einiger Leitsätze von G. Sinowjew.

1. Die weltgeschichtliche Bedeutung der nahenden Ereignisse
Die vor unseren Augen heranreifende revolutionäre Krise in Deutschland hat unstreitig weltgeschichtliche Bedeutung.
Die 15 Millionen deutscher Proletarier stellen das Grundkapital dar der internationalen proletarischen Revolution. Wenn drei bis vier Millionen russischer Arbeiter unter der Beihilfe der Bauernschaft es fertig gebracht haben, zu siegen und die Errungenschaften der ersten proletarischen Revolution der Welt zu sichern, so wird das 15millionenköpfige deutsche Proletariat imstande sein, nicht nur den Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland zu gewährleisten, sondern auch den Sieg des Sozialismus in ganz Europa im höchsten Maße zu beschleunigen. Denn es hat eine weit bessere organisatorische Schulung hinter sich, seine Glieder sind Mann für Mann des Lebens und Schreibens kundig und stehen überhaupt auf höherer Kulturstufe. Ausser dem wird diesem Proletariat die Unterstützung des Verbandes der Sowjetrepubliken zuteil, die schon mehr als 5 Jahre bestehen.
Der Siegeszug der proletarischen Weltrevolution führt von Rußland durch Deutschland in das Herz des kapitalistischen Westens und des verknechteten Ostens. Im Besonderen wird der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland von ungeheurer Bedeutung sein für die Geschicke Sowjetrußlands.
Die erste deutsche Revolution des Jahres 1918 hat bei all ihrer Halbheit und trotz aller Verräterei der deutschen Sozialdemokratie der russischen Sowjetmacht geholfen, im Bürgerkriege zu bestehen. Die heraufziehende zweite, wirklich proletarische Revolution in Deutschland wird Sowjetrußland endgültig zum Siege verhelfen auf dem Felde der Entscheidung, auf dem Felde des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues.

Ein Bund Sowjetrußlands, mit seiner überwiegenden Landwirtschaft, und Sowjetdeutschlands, mit seiner vorwaltenden Industrie, wird eine derartige gewaltige Kraft darstellen, daß sie mit einem Schlag die Gefahren der „Neuen ökonomischen Politik“ dämpft. Der Bund Sowjetrußlands mit Sowjetdeutschland wird endgültig und sich die „Nep“ in die wirklich neue ökonomische Politik des proletarischen Staates verwandeln und in der Wurzel die Neigung der jetzigen „neuen“ ökonomischen Politik zur Ausartung vernichten – d.h. die Bestrebungen der neuen Bourgeoisie, eine herrschende Stellung im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands einzunehmen.

2. Schwierigkeiten und Gefahren auf unserem Wege

Nicht einen Augenblick darf die Vorhut des Proletariats die Schwierigkeiten und Gefahren aus den Augen verlieren, die sich ihr auf dem Weg entgegenstellen. Angesichts der bestehenden internationalen Verflechtung der Beziehungen und Interessen kann der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland mit Leichtigkeit den Ausbruch jener Reihe neuer Kriege gegen die sozialistischen Staaten beschleunigen, von der seinerzeit Genosse Lenin gesprochen hat.

Sowjetrußland wird unausweichlich sein Schicksal mit dem der Erhebung des deutschen Proletariats mehr oder minder verbinden müssen und sich demgemäß neuen Schlägen des internationalen Imperialismus aussetzen. Damit wird unter Umständen das Schicksal Sowjetrusslands selbst aufs Spiel gesetzt, jenes Land, das vorerst die erste und einzige Burg der internationalen proletarischen Revolution darstellt.

Eine Niederlage des deutschen Proletariats in der nahenden deutschen Revolution hätte unberechenbar schwere Folgen für das deutsche Proletariat selbst. Die deutsche und die internationale Bourgeoisie würde nicht haltmachen vor der buchstäblichen Ausrottung von hunderttausenden deutscher Arbeiter, der Vorhut des deutschen Proletariats. Eine neue schwere Niederlage des deutschen Proletariats könnte die internationale Revolution um Jahre zurückwerfen.

Das ist auch der Grund, warum die Beschlüsse, die die Internationale zu fassen hat, und insbesondere deren deutsche und russische Sektion, von weltgeschichtlicher Bedeutung und mit aller Vorsicht zu wägen sind.

Geschichtlich betrachtet können die deutschen Kommunisten nicht zu früh zur Macht gelangen – denn alle objektiven Voraussetzungen zum Siege des Proletariats sind in Deutschland vorhanden. Aber vom engeren strategischen Standpunkt aus gesehen, besteht zweifellos die Gefahr eines vorzeitigen Kampfes um die Entscheidung.

Am günstigsten für die KPD wäre es, wenn zuerst die Herrn Bourgeois schießen würden (die Faschisten). Hätte das entscheidende Auftreten der Kommunisten von außen den Charakter der Notwehr, so scharte sich das gesamte oder fast das gesamte Proletariat Deutschlands desto leichter um unsere Partei.

3. Die Krise reift heran

In den Jahren 1920 bis 23 hat die deutsche Revolution eine schleppende Krise durchgemacht. Dafür bietet jetzt der Gang der Ereignisse einen Ausgleich. Die Dinge spielen sich in Deutschland mit schwindelerregender Schnelligkeit ab. Wenn wir heute noch sagen: Die Krise reift heran – so müssen wir vielleicht schon morgen feststellen: Die Krise ist reif.

Der Riesenbankrott der Finanzen, die nahende Lebensmittelkrise, das ohnmächtige Gezappel und Gesträube der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die Sackgasse der internationalen Politik, in die Deutschland geraten ist – alles zeugt davon, daß die Ereignisse in Deutschland sich schnell ihrer Lösung nähern.

Wochenlang bespricht die deutsche Presse offen die Frage des aufziehenden Bürgerkriegs. Die ganz rechts stehende „Germania“ erklärt offen, daß die neue Revolution vor der Tür steht. Die Woge der Streiks steigt höher und höher. Bei einer Demonstration sozialdemokratischer Arbeiter in Frankfurt wird ein Staatsanwalt der bürgerlichen Republik totgeschlagen. Die Arbeiter schreiten zur Besetzung von Fabriken und Werken. In den Massen gärt es.

Alle „vermittelnden“ bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratischen Regierungen und Koalitionen sind ausprobiert und haben zu nichts geführt. Alle Pfade und Pfädchen zu einer „friedlichen“ Lösung wurden betreten – und haben in der Sackgasse geendet. Alle Künste der Verschleppung ließ man springen – umsonst. Die „dritte Kraft“ erwies sich als ohnmächtig.

Die Regierung Stresemann ist aller Wahrscheinlichkeit nach die letzte Atempause der deutschen Bourgeoisie. Sie ist die letzte bürgerliche Regierung in Deutschland oder auf alle Fälle eine der allerletzten bürgerlichen Regierungen Deutschlands. Die „große Koalition“ wird das bürgerliche Deutschland nicht retten, sie wird nur die Teilhaber dieser Koalition noch mehr bloßstellen.

Die Regierung Stresemann bedeutet die Kapitulation vor der französischen Regierung in der Reparationsfrage. Doch auf wessen Kosten wird die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung sich mit Frankreich abfinden? Diese Frage wird sich mit nie dagewesener Schärfe schon morgen erheben! Die unvermeidlichen Versuche, diese Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, müssen unbedingt die breitesten Arbeitermassen noch mehr in Bewegung bringen. Die Lebensmittelkrise dauert an. Von Cuno zu Stresemann – d.h. vom Regen in die Traufe.

Noch keine 2-3 Monate werden ins Land gehen, und jedem wird klar sein, daß der „Ausweg“, den Sozialdemokratie und Bürgertum gefunden haben, eben kein Ausweg ist. Die Arbeiterklasse wird in dieser Zeit noch revolutionärer. Die Krise ist endgültig herangereift.

Die – unter dem oder jenen Anstrich – herrschende „Demokratie“ hat die letzten paar Jahre ohnmächtig auf der Stelle getreten und ist lebend vor unseren Augen verfault. Unter der Hülle der „Demokratie“ sind in den verflossenen Jahren zwei

Kräfte herangewachsen, zwei Gegenpole entstanden: Kommunismus und Faschismus.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter sonst gleichen Bedingungen eine kurze Ruhepause den Kommunisten günstig wäre, denn die fortschreitende Fäulnis der „Demokratie“ könnte der erstarkenden kommunistischen Vorhut des Proletariats nur zum Vorteil gereichen. Aber man darf nicht vergessen, erstens, daß unter dem wohlwollenden Schutze der verendenden „Demokratie“ auch die zweite Kraft erstarkt: Der Faschismus. Zweitens aber – und das ist die Hauptsache – man darf auch nicht für eine Minute die folgende Gefahr aus den Augen verliefen: Die Lage wird unerträglich für beide Seiten; die Möglichkeit ist ganz und gar nicht ausgeschlossen, daß jene bürgerliche Clique, die Deutschland beherrscht, mit dem französischen Imperialismus handelnseins wird und, nach Durchführung eines Umsturzes von rechts, Deutschland mit Haupt und Gliedern der finanziellen und politischen Kontrolle des internationalen Imperialismus ausliefert. Diese Gefahr ist riesengroß. In Wahrheit ist Deutschland von ihr nur um Haaresbreite entfernt. Wenn auch Deutschland bei weitem stärker ist als das ehemalige Österreich, so kann ihm doch das Geschick Österreichs blühen.

Bei einem solchen Ausgang der Krise würde Deutschland unvermeidlich in eine Reihe von Kleinstaaten zerschlagen, das deutsche Proletariat auf eine Reihe von Jahren seiner Kraft beraubt und demoralisiert. Ein solches Deutschland wäre einer der Grundpfeiler der internationalen Reaktion und könnte sogar eine unmittelbare Bedrohung Sowjetrußlands werden.

Darum ist wohl eine Hinausschiebung der Entscheidungsschlacht für die KPD unter sonst gleichen Umständen wünschenswert, aber die KPD darf nicht vergessen, daß der Gang der Ereignisse nicht bloß von uns abhängt. Die KPD muss sich den leichtesten Weg wünschen, aber vorbereiten muss sie sich für den schwierigeren. Wir stehen vor der Gefahr einer strategischen Ungeschicklichkeit, indem wir den Kampf verfrüht beginnen, aber noch größer wäre die Gefahr, den Faschismus allzu sehr erstarken zu lassen zu einer Macht, die die proletarische Vorhut zerschlagen und Deutschland dem internationalen Imperialismus ausliefern könnte.

Die Krise reift heran. Entscheidende Schritte wird die K.P.D. tun müssen und demgemäß auch die ganze Kommunistische Internationale. Es beginnt ein neues, entscheidendes Kapitel. Die Kommunistische Partei Deutschlands muss sich schnell und entschlossen einstellen auf die nahende entscheidende revolutionäre Krise.

4. Die deutsche Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie hat die entscheidende Rolle im Entwicklungsgang der ersten deutschen Revolution gespielt. Nur dank dem gegenrevolutionären Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie konnte die deutsche Bourgeoisie sich aus der ersten revolutionären Krise heraushelfen und sich noch einige Jahre halten um den Preis des Verfalls Deutschlands und unendlicher Leiden der deutschen Volksmassen.

Der Sieg einer neuen, wirklich proletarischen Revolution in Deutschland wäre unmöglich, falls die gegenrevolutionäre deutsche Sozialdemokratie ihre frühere Stärke bewahrte. Doch die letzten Jahre sind nicht umsonst gewesen; die deutsche Sozialdemokratie verliert Stellung um Stellung. Die Arbeiter kommen von der deutschen Sozialdemokratie zu den Kommunisten; das Kleinbürgertum, enttäuscht von der erfolglosen Politik der Kompromißler und ökonomisch am Rande des Abgrunds, ja schon vernichtet, verzichtet zum Teil auf jeden politischen Kampf, zum Teil geht es zu den Faschisten über.

Schon längst ist es klar, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zumeist wohl noch zur deutschen Sozialdemokratie „zählen", mit der Seele jedoch bei den Kommunisten sind. Die Beteiligung der deutschen Sozialdemokraten an der neuen, von Stresemann geführten Koalition wird dieser Partei einen noch stärkeren Schlag versetzen.

Sie platzt vor unseren Augen wie eine Seifenblase. Der millionenstarken deutschen Sozialdemokratie steht das Schicksal der einstmals „stärksten" Partei Rußlands bevor, der Partei der Sozialrevolutionäre. Am Tage nach dem Siege der Kommunisten wird die deutsche Sozialdemokratie noch rascher ihrer Auflösung entgegengehen.

Die beginnende neue Spaltung in den Reihen dieser Partei hat sehr große symptomatische Bedeutung; die Führer der sozialdemokratischen „Opposition" halten z.T. bewußt mit der Wahrheit hinter dem Berge, z.T. verstehen sie selbst nicht, was die von ihnen aufgestellte Losung des Zusammenwirkens mit den Kommunisten zu bedeuten hat. Sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, daß dieses Zusammenwirken jetzt nur eines bedeuten kann: den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung, d.h. um den Sturz der Bourgeoisie. Auf jeden Fall spiegelt die sozialdemokratische Opposition das riesige Anwachsen wider der Unzufriedenheit unter den einfachen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und unter den Arbeitern überhaupt.

Diese Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die ein paar Monate nach dem pompösen Hamburger Kongress der II. Internationale beginnt, ist ein Beweis mehr, daß die II. Internationale dem Untergang verfallen ist. Wenn die siegreiche russische Revolution die verräterische II. Internationale schon stark getroffen hat, so wird ihr die siegreiche deutsche Revolution der Gnadenstoß versetzen. Fällt aber diese gelbe Internationale, die Hauptstütze des internationalen Imperialismus, so wird der Weg frei zum Siege des Kommunismus in ganz Europa.

5. Die Faschisten

Insofern auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe hinter dem deutschen Faschismus bedeutende Schichten des Kleinbürgertums stehen, erwächst ohne Zweifel der KPD eine neue Aufgabe: Planmäßig, hartnäckig und geschickt in den Reihen dieser Schichten zu agitieren. Die Zersetzung des Faschismus – das ist eine neue gewaltige Aufgabe der zur Ergreifung der Macht schreitenden KPD. Es versteht sich, daß der Entscheidungskampf zwischen Kommunismus und Faschismus mit Waffengewalt

durchgefochten werden muß. Er wird uns um so leichter zum Siege führen, je tatkräftiger und geschickter wir es verstehen, durch unsere Propaganda den Teil der Anhängerschaft des Faschismus zu neutralisieren, dem an einem Siege der Bourgeoisie nichts gelegen sein kann.

Am erfolgreichsten in der Zersetzung des Faschismus wird die KPD nicht vor, sondern nach dem Siege der proletarischen Diktatur sein. Die technische Intelligenz, die Vertreter der Wissenschaft, eine ganze Reihe kleinbürgerlicher Gruppen werden des erfolglosen Sabotageversuchs der Intelligenz in Rußland eingedenk sein. Sie werden nach dem proletarischen Umsturz in Deutschland rascher als die russischen Intellektuellen zu uns herüber kommen. Die KPD wird am Tage nach unserem Siege den breiten Schichten des deutschen Volkes beweisen, daß sie allein die wahren Interessen Deutschlands gegen die ausländische Bourgeoisie schützt.

Die Taktik der Zersetzung der Faschisten ist zweifellos auch in der jetzigen Vorbereitungsperiode der Revolution geboten. Doch sind die Möglichkeiten dafür beschränkt – einfach deshalb, weil Kommunisten und Faschisten ganz unmöglich gemeinsam eine Revolutionsregierung oder auch nur Revolutionsausschüsse bilden können. Die Faschisten hassen die „Demokratie"; aber – das versteht sich – im entscheidenden Augenblick werden sie sich mit ihr gegen die Kommunisten vereinigen.

Der deutsche Faschismus ist noch jung. Die jetzige deutsche „Demokratie", darunter auch die Sozialdemokratie, kann noch nicht ganz offen mit dem Faschismus einig gehen. Der gesellschaftliche Aufbau Deutschlands unterscheidet sich von dem derzeitigen Aufbau Italiens und Bulgariens in der Hauptsache dadurch, daß wir in Deutschland 15 Millionen Proletarier haben. Nichtdestoweniger dürfen die deutschen Kommunisten nicht eine Minute lang die traurige geschichtliche Lehre der Ereignisse in Italien und Bulgarien vergessen.

Die angespannteste Aufklärungsarbeit unter den besitzlosen Schichten, die noch dem Faschismus anhängen, muß Hand in Hand gehen mit der noch angespannteren Bereitstellung aller Mittel zum unmittelbaren Waffenkampf gegen den Faschismus. Die hie und da bemerkbare Annäherung zwischen lumpenproletarischen Elementen des Faschismus und verbohrten „kommunistischen" Elementen (die Annäherung zwischen Faschisten und der sogenannten KAP in Dresden) hat symtomatische Bedeutung. Die KPD darf sie nicht unbeachtet lassen.

6. Die Kommunisten

Heute ist es schon völlig klar, daß die Krise der KPD in den Jahren 1921-22 nichts anderes war als die Widerspiegelung der Krise der deutschen Revolution. Mit dem Herannahen der revolutionären Lösung in Deutschland hat auch die KPD die eigne Krise überwunden und den rechten Weg gefunden. Die KPD beginnt, die Mehrheit des deutschen Proletariats zu gewinnen.

Während die Bolschewiken 1917 die Mehrheit der Arbeiter innerhalb der Sowjets,

der Arbeiter- und Soldatenräte, auf ihre Seite zogen, entreißen die deutschen Kommunisten den Sozialdemokraten die Mehrheit der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften. Das ist bei weitem schwieriger, weil die deutschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten sich in der Hand der sozialdemokratischen Bürokratie befinden, die es trefflich verstanden hat, den Kommunisten bei ihrer Arbeit das Bein zu stellen. Die Prüfung ist für die deutschen Kommunisten viel schwerer, die Anforderungen sind viel höher. Bedenkt man diesen Umstand, so wird man, wer weiß, nach den jüngsten Ereignissen (den Siegen im Metallarbeiter- und Textilarbeiterverband, wie bei einer Reihe von Wahlen) bald nicht bloß sagen dürfen, daß die KPD auf den besten Wege zur Eroberung der Mehrheit unter den Arbeitern ist, sondern, daß sie diese Mehrheit schon errungen hat.

Die deutschen Kommunisten haben schon zum guten Teile die Bewegung der Betriebsräte in der Hand, die bei den kommenden Ereignissen eine sehr bedeutende Rolle spielen können.

Die deutschen Kommunisten haben hingegen keine genügende Verbindung mit dem ländlichen Proletariat und noch weniger mit der Bauernschaft und mit den am stärksten verarmten Schichten der kleinen Leute in der Stadt. Auch nach dieser Seite muß die Partei ihre Aufmerksamkeit richten – ohne darüber den Kampf im die Gewinnung der uns noch fernstehenden Teile des industriellen Proletariats zu vernachlässigen.

Sogar der Renegat Levi mußte erklären, daß die Kommunisten zu einer Macht geworden sind, die der deutschen Sozialdemokratie ebenbürtig ist. Die KPD gewinnt die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse; dieser Umstand ist von ungeheurer Wichtigkeit für die ganze Welt. Das ist der Wendepunkt im Gange der proletarischen Weltrevolution. Aber Mehrheit verpflichtet: der KPD werden Aufgaben erstehen von großartiger Bedeutung.

7. Die Formel der „Eroberung der Mehrheit“

Die Losung: „Heran an die Massen“, die vom 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale aufgestellt wurde, hat schon jetzt eine sehr bedeutsame Rolle gespielt. Die Aufgabe der vorbereitenden Eroberung der Mehrheit unter den entscheidenden Schichten des Proletariats wurde ganz richtig formuliert. Aber einige passiv gestimmte Sektionen der Kommunistischen Internationale faßten die Losung des 3. Kongresses zu formell auf, zu mechanisch und entrichteten so dem sozialdemokratischen Herkommen reichen Zins.

Jetzt kommt die Zeit, da die Formel des 3. Weltkongresses Fleisch und Bein werden, da jeder Kommunist begreifen muss: Es handelt sich nicht einfach um die Eroberung der Mehrheit, sondern um ihre Eroberung im Kampf und für den Kampf. Und es geht unter keinen Umständen um die Gewinnung der Mehrheit des Kleinbürgertums als einer Vorbedingung des Aufstandes. Das Kleinbürgertum wird Dutzende von Malen schwanken, den Kampf aber entscheidet das Proletariat. Die

italienischen Sozialisten, die in den Jahren 1920 auf 21 zu den Kommunisten stießen, hatten hinter sich die Mehrheit der ausschlag(geb)enden Schichten des Proletariats. Die bulgarischen Kommunisten hatten 1923 – im Augenblick des Sturzes der Regierung Stambulinski – gleichfalls für sich die Mehrheit der Arbeiter und bedeutende Schichten der Bauernschaft. Doch die Mehrheit war eben nicht im Kampfe gestanden und nicht für den Kampf. Das Beispiel Italiens und Bulgariens muß der K.P.D. eine eindringliche und abschreckende Lehre sein, die bei dem heutigen Stande der Dinge ausserhalb Sowjetrußlands die Kerntruppe der kommunistischen Internationale darstellt.

8. Entscheidungsschlacht und Teilkämpfe

Der Gedanke wäre ein großer Irrtum, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Deutschland jeder große Kampf der Arbeiter, den die K.P. leitet, zwangsläufig in die Entscheidungsschlacht ausmünden muss. Die Gefahr der Provokation ist ohne Zweifel groß. Die sozialdemokratische Diplomatie verstünde es wohl, jede Fahrlässigkeit der Kommunisten auszunutzen, um mit Beihilfe der Faschisten unter der kommunistischen Vorhut ein furchtbares Blutbad anzurichten. Und doch wäre es nichtsdestoweniger theoretischer Doktrinarismus und ein riesiger Fehler der praktischen Politik, wollte man jeden Kampf verschieben „bis zur Entscheidungsschlacht". Tatsächlich wird sich wohl die deutsche Revolution entwickeln in der Form einer noch mächtigeren Streikbewegung, auch der Eisenbahner, der Besetzung von Fabriken und Werken, in Gestalt von Straßendemonstrationen, - auch solchen, bei denen Vorgänge wie in Frankfurt nicht fehlen werden-, einzelnen Zusammenstößen mit Faschisten u.s.f. In jedem Falle wäre für uns günstig, daß der Gegner zuerst schießen würde. „Aber das Pulver trocken zu halten" bis zum Entscheidungskampfe, ist uns nicht möglich. Soweit man voraussehen kann, werden aller Wahrscheinlichkeit nach die entscheidenden Ereignisse in den heurigen Winter fallen, wenn die ökonomischen Schwierigkeiten sich noch verstärken und alle Gegensätze sich hundertfach verschärfen werden. Die Partei kann mit aller Entschiedenheit die Losung der Arbeiterregierung zu ihrem Feldgeschrei erheben und den Gedanken der Diktatur des Proletariats in die Köpfe hämmern, ohne irgendwie sich die Freiheit der sofortigen Entscheidung zu verkümmern, wo es um Teilforderungen geht.

9. Die Politik der KPD für den nächsten Zeitabschnitt

Aus allem gesagten ergibt sich, daß die Taktik der K.P.D. etwa den folgenden Aufgaben gerecht werden muss:

a) Vor allem und hauptsächlich müssen die ganze Partei und alle von ihr beeinflußten Schichten eingestellt sein auf die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit einer baldigen revolutionären Erhebung und des Entscheidungskampfes.

b) Es muss die Losung aufgestellt werden der Bildung von Arbeiterräten (vielleicht

auch der Bildung von Bauern- und Soldatenräten). Die Betriebsrätebewegung allein genügt für die gegebene Zeit nicht mehr, denn die allgemeine Bewegung erklimmt schon eine höhere Stufe. Nachdem in Berlin für uns 54.000 Metallarbeiter gestimmt haben, nachdem sich dort eine bedeutende Zahl von Textilarbeitern, Eisenbahnern, städtischen Arbeitern usw. hinter uns gestellt hat, werden wir in der Reichshauptstadt unbedingt greifbare Ergebnisse erzielen, d.h. wir werden den Berliner Arbeiterrat gründen. Zur Mitarbeit in den Räten müssen gleich von Anbeginn an sowohl die Betriebsräte herangezogen und gewonnen werden, wie sympathisierende revolutionäre Gewerkschaften oder deren Minderheiten, ebenso die unabhängige sozialdemokratische Partei und andere Gruppierungen in der Arbeiterschaft, aber auch die proletarischen Frauen und die Jugend.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeiterräte wird einstweilen gehören der Kampf gegen den Faschismus, gegen die Teuerung u.s.f.

Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß nur einigermaßen mit uns sympatisierende bewaffnete Kräfte (Reichswehr) zur Mitwirkung in den Arbeiterräten herangezogen werden müssen (wenn möglich also in den Arbeiter- und Soldatenräten).

Vielleicht kann man für den Anfang die Räte geradewegs benennen: Arbeiterräte zum Kampf gegen den Faschismus.

c) Die Hauptaufmerksamkeit der Partei muss der Arbeit unter den wichtigsten Schichten des Proletariats gewidmet sein: unter Eisenbahnern, Gemeindearbeitern, Bergleuten usw.

d) Dasselbe gilt für die Arbeit unter den Soldaten, der Schutzpolizei usw. Besonders zu beachten sind bei der Agitation die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Lage der Leute.

e) Es muss zum Zweck einer Probemobilmachung ein neuer Antifaschistentag angesetzt werden, etwa auf den Revolutionsfeiertag, den 7. November. Für diesen Tag muss unter den Parteilosen und den sozialdemokratischen Arbeitern mit der höchsten Energie agitiert werden. Durchgeführt (werden) sollte dieser Tag jedoch einen Monat früher, sagen wir am 7. Oktober. Die Absicht und Vorbereitung dazu muss jedoch den Behörden, der Regierung verborgen bleiben. Die Durchführung des Tags muss eben durch seine Unverhofftheit gesichert sein. Technisch ist das nicht leicht, aber nicht unmöglich, wenn die große Masse der Arbeiter mittut.

f) Die planmäßige Propaganda der Idee des politischen Generalstreiks ist ins Werk zu setzen. Die Arbeiter müssen allmählich zu der Auffassung erzogen werden, daß nur mit Hilfe dieses Streiks die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung erreicht werden kann und daß ein solcher Streik einen der denkbar billigsten und feindlichsten Auswege aus der Krise darstellen würde.

g) Die tatkräftigste Arbeit ist zu beginnen zur Bildung von Kampfgruppen und zur Bewaffnung der Arbeiter. Außer den bewaffneten Hundertschaften, die wir gemeinsam mit Sozialdemokraten und Parteilosen zu schaffen haben, müssen doch

unbedingt unsere eigenen, wenn auch nicht großen Parteikampfgruppen begründet werden.

In der Agitation ist ein neuer Ton anzuschlagen, indem wir erklären, daß in Deutschland eine Partei da ist, bereit, die Macht zu übernehmen und das Land zu retten. Diese Partei ist die der Kommunisten. Sie allein werde imstande sein, eine wirklich starke Macht zu bilden. Die deutschen Faschisten, wie die russischen Gegenrevolutionäre des Jahres 1917, schreien, daß eine starke Macht nötig sei. Wir, die Kommunisten, sind auch für eine starke Macht und werden sie bilden.

i) Weit mehr als bisher müssen wir in unserer Agitation dieses unterstreichen: daß wir nach Ergreifung der Macht bereit sein werden - falls die französischen Arbeiter uns nicht sogleich genügend Unterstützung leihen können - den Vertrag von Versailles zu erfüllen, d.h. den Franzosen zu zahlen. Des weiteren aber, daß wir die Reparationslast der Bourgeoise und dem Junkertum auferlegen werden, die allein von der Revolution gezwungen werden können, ihren Beutel zu öffnen. Wir werden das sozialistische Vaterland schützen, aber Krieg wollen wir nicht und werden (danach) trachten, das sozialistische Deutschland ohne Krieg zu retten.

k) Die Partei muss unter allen Umständen die Gleichgültigkeit der Arbeiter der Bauernschaft gegenüber brechen. Die vorgeschrittenen Arbeiter müssen verstehen, daß die Bauernschaft die entscheidende Rolle spielen kann am Tage nach dem Umsturz. Die deutsche proletarische Revolution darf im keinen Falle die Fehler der ungarischen Revolution in der Bauernfrage wiederholen. Mit dem herkömmlichen Doktrinarismus auf diesem Gebiet muss Schluss gemacht werden, koste es was es wolle. Der Bauer muss aus den Händen der proletarischen Revolution nicht nur die Aufhebung seiner Hypotheken empfangen, den Erlass der Steuerrückstände, sondern auch das Land der Gutsbesitzer (Ostpreußen u.s.f.) u. dergl. m. – gemäß den Beschlüssen des 2. und 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Die Partei muss ihre ernsthafte Aufmerksamkeit solchen Fällen zuwenden, wo die Arbeiter einzelner Städte den Bauern mit Gewalt Lebensmittel abnehmen. Vor solchem Vorgehen muss die Partei unter den gegebenen Umständen aufs Entschiedenste warnen. Überall muss die Anschauung verbreitet werden, daß Sowjetdeutschland das benötige Brot von Sowjetrußland erhalten kann.

l) Die Partei muss planmäßig den Gedanken der Besetzung der Fabriken und Werke durch die Arbeiter propagieren. Sie hat aber dabei zu unterstreichen, daß diese Maßnahme keine alleinstehende bleiben (Beispiel: Italien im Jahre 1920), sondern nur ein Glied sein kann in der Vorbereitung des Generalstreiks und des Aufstands. Erst in dem Augenblick, wo es den Entscheidungskampf gilt, wird die Arbeiterklasse zur organisierten Besetzung der Fabriken und Werke schreiten.

m) Die Losung des Bundes mit Sowjetrußland muss in die breitesten Volksmassen getragen werden. Sie muss eine der Grundlagen der ganzen Agitation sein. Insbesondere der Intelligenz (dem „geistigen Proletariat") muss unbedingt ein Bild gegeben werden von der Großartigkeit der sich abspielenden Ereignisse gerade im

Hinblick auf den sich schon abzeichnenden Bund Deutschlands und Russlands.
n) soweit sich jetzt voraussehen läßt, muss im kommenden Aufstand die im Mittelpunkte stehende Losung die der Arbeiter- und Bauernregierung sein.
Die Losung alle Macht den Räten wird in aller Klarheit und Greifbarkeit erst später aufgestellt.
In jedem Falle muss bei dem jetzigen Stande der Entwicklung unsere ganze Situation auf den einen Punkt hinarbeiten: die Arbeiter- und Bauernregierung.
o) Wenn die KPD daran geht, ihr Aktionsprogramm (oder besser: das der Arbeiter- und Bauernregierung) am Tage nach dem Siege der Revolution zu zeichnen – natürlich nur in den allgemeinen Zügen – so muss sie mit Nachdruck das Folgende betonen: daß sie mit Ähnlichem wie der „neuen ökonomischen Politik" beginnen, d.h. nicht den ganzen Handel nationalisieren wird; daß sie auch in der Industrie die Nationalisierung nicht sofort auf alle Unternehmungen erstrecken, sondern bedacht sein wird, der privaten Initiative einen Spielraum zu lassen, auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bauernschaft entgegenzukommen u.s.w.

10. Wirtschaftlicher und politischer Kampf

Die gewaltig aufbrandende Woge der wirtschaftlichen Arbeitseinstellungen wird in der gegebenen Lage noch mächtiger anschwellen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei und der roten Gewerkschaften ist es, allen diesen wirtschaftlichen Streiks politischen Charakter zu verleihen, nach Möglichkeit auf Schritt und Tritt die Verbindung zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Politischen herzustellen; stets beharrlich auf das eine Ziel hinzuwirken, den breitesten Schichten der Arbeitenden zu zeigen, daß nur die siegreiche Revolution sie vor Hunger und Bettelarmut retten kann.

11. Die Taktik der Einheitsfront im bevorstehenden Zeitabschnitt

Die Taktik der Einheitsfront ist für das derzeitige Stadium des Kampfes in Deutschland keineswegs veraltet, im Gegenteil, sie ist jetzt erst recht von Bedeutung.
Die deutschen Kommunisten müssen immer häufiger sich über die Köpfe der verräterischen Führer hinweg an die sozialdemokratischen Arbeiter wenden. Jedoch die deutschen Kommunisten werden dessen ungeachtet wieder und wieder sich an die offiziellen Spitzen der Sozialdemokratie, an die Unabhängigen und die sozialdemokratische Opposition wenden mit dem Vorschlag des gemeinsamen Kampfes.
Insbesondere müssen die Kommunisten – wenn sie den Feldzug für die Bildung der Arbeiterräte und unter Umständen auch die der Bauernräte beginnen – unbedingt wiederholt an die Sozialdemokraten herangetreten mit der Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit auf diesem Gebiet.
Denen unter den sozialdemokratischen Arbeitern und sozialdemokratischen Führern, die zur Unterstützung der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung herangereift

sind, müssen die Kommunisten klar machen, das die Arbeiter- (und Bauern-) Räte schon die Arbeiter- und Bauernregierung im Keime darstellen.

12 Die sächsische Regierung

Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen – d. h. wenn die Ereignisse sich weiter in derselben Richtung und in demselben Tempo entwickeln wie in den letzten Wochen – sollen die Kommunisten die bestehende linkssozialdemokratische Regierung in Sachsen nicht stürzen. Im Gegenteil, es kann leicht eine solche Lage entstehen, wo es – auf kurze Zeit für die Kommunisten von Vorteil sein wird, geradewegs in diese Regierung einzutreten.

Wenn die Crispien, Levi und Rosenfeld „radikal" werden, so werden unter dem Einfluss der Ereignisse auch die Zeigner zu uns herüberschwanken und „radikal" werden. Die sächsische sozialdemokratische Regierung ist vor allem darum wichtig, weil wir – wenn wir sie geschickt ausnutzen – Waffen erhalten, wichtige Teile des Staatsapparats in de Hand bekommen, strategische Punkte besetzen und im entscheidenden Augenblick wichtige Stützpunkte erwerben könnten. In dieser Richtung muss die Arbeit der deutschen Kommunistischen Partei gehen.

Es versteht sich, daß dies nicht ausschließt, sondern voraussetzt eine entschiedene, unabhängige Kritik und Geißelung dieser Regierung bei jeder ihrer Schwankungen nach rechts, ferner eine völlig selbstständige Politik der Kommunisten in Sachsen. Im Notfalle natürlich wird die Partei auch nicht vor dem Sturz der jetzigen Sächsischen Regierung zurückschrecken.

13. Aufgaben der KPR

Die KPR kann und muss der deutschen Revolution mit Folgendem helfen

a) Mit Brot. Wir können und müssen in diesem Jahre einen genügenden Getreidevorrat für die deutsche Revolution zurücklegen.

Vielleicht gelingt es uns dank unserem Außenhandel, diesen Vorrat sogar in Deutschland selbst legal zu halten.

b) Mit Waffen für die deutschen Kommunisten und (für) die mit ihnen Sympathisierenden. Wir können und müssen schon jetzt mit aller Vorsicht beginnen, die deutschen Arbeiter zu bewaffnen. Vielleicht ist es am einfachsten, den deutschen Kommunisten zum Kauf von Waffen innerhalb des Landes und in den Nachbarstaaten zu verhelfen.

c) Wir müssen zumindest 50 unserer besten Kampfleiter mit hervorragender organisatorischer und technischer Erfahrung im Bürgerkrieg auf das sorgfältigste auswählen, mobilisieren und allmählich nach Deutschland schaffen. Das muß mehr als vorsichtig, äußerst konspirativ und legal geschehen.

d) wir müssen, soweit es nur unsere Mittel gestatten, beginnen, die Rote Armee zu verstärken, besonders an den Grenzen gegen Polen, Finnland und Estland.

e) wir müssen uns bestreben, unsere diplomatischen Beziehungen zu Polen zu

verbessern, und auf alle Fälle die Rückendeckung der deutschen Revolution gegen Polen auf uns zu nehmen.
f) Wir haben eine vorsichtige, doch planmäßige Propaganda unter den Arbeitern und Bauern des Bundes der Russischen Sowjetrepubliken einzuleiten, um ihnen die ungeheure Bedeutung der deutschen Revolution für ihre ureigensten Interessen klarzumachen.
Wir müssen den Millionen und Abermillionen Bauern des ganzen Sowjetrußlands auseinandersetzen, die Niederlage der deutschen Revolution werde bedeuten, daß das weiße Deutschland den Gutsbesitzern dazu verhelfen würde, wieder an die Macht zu kommen und den Bauern das Land wieder abzunehmen. Ein Sieg der deutschen Revolution aber bringt außer allem anderen unseren Bauern eine Verbilligung der Erzeugnisse der städtischen Industrie und eine ausgedehnte Versorgung des russischen Dorfes mit landwirtschaftlichen Maschinen.
g) Mit England dürfen wir nicht brechen wegen der Nichtzulassung des Genossen Rakowski.
h) Mit Frankreich werden wir die Politik der Annäherung fortsetzen.
i) und mit der Regierung Stresemann die allerfreundlichsten „Beziehungen“ unterhalten.
k) Mit Jugoslawien werden wir uns bemühen, offizielle Beziehungen anzubahnen, und schließlich den Versuch machen, Rumänien zu bestechen.

14. Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale

Die Kommunistische Internationale muss ihre ganze Arbeit einstellen auf die kommende deutsche Revolution. Ihre gesamte Agitation und Organisationsarbeit hat dahin zu zielen.
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale muss sofort eine Beratung mit den Vertretern der Kommunistischen Partei Frankreichs einberufen.
Die Kommunistische Internationale muss zu erreichen suchen, daß die KPF ihre besten Kräfte (darunter solche Leute wie Cachin, Barbusse, Marty, Vaillant-Counturier u.s.w.) zur Arbeit unter den französischen Besatzungstruppen kommandiert, damit sie unter ihnen die „öffentliche Meinung“ vorbereiten. Den französischen Soldaten muss man offen sagen: Morgen wird man versuchen, euch zu den Henkern der deutschen Revolution zu machen. Seid bereit zur Abwehr!
Die kommunistische Internationale muss ebensolche Beratungen mit den Kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei und Polens einberufen zur Vorbereitung entsprechender Maßregeln.
Besondere Aufmerksamkeit ist der Arbeit auf dem Balkan zu schenken. Eine Gruppe von Genossen muss dorthin geworfen werden. Ebenso ist eine Konferenz mit den rumänischen Kommunisten einzuberufen. Auf jede Weise ist ihnen zu helfen. Ein Übereinkommen der Kommunisten und der „Bauernpartei“ ist zu beschleunigen u.s.f.

Im geeigneten Augenblick müssen K. I. und R. G. I. sich an die II. Internationale wenden, an die Amsterdamer Internationale und ihren linken Flügel mit dem Vorschlag der Bildung der Einheitsfront zur Unterstützung der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats. Dasselbe muss unbedingt geschehen mit der englischen Labour Party.
Mit Fimmen und anderen linksstehenden Transportarbeiterführern sind sogleich vorsichtige Verhandlungen anzuknüpfen.

15. Zusammenfassung
Die kommenden Ereignisse werden bestätigen, wie recht Genosse Lenin mit seinem wiederholten Ausspruch hatte, daß es den deutschen Arbeitern schwerer werden wird, den sozialistischen Umsturz zu beginnen, aber leichter, ihn siegreich zu Ende zu führen. Ein offenes bewaffnetes Eingreifen gegen die deutsche Revolution wird der französischen Bourgeoisie nicht so leicht fallen. In Frankreiche gehen erste Umgruppierungen der Kräfte im Lager der Bourgeoisie vor sich. Die KPF hat ihre Krise überwunden und ist im Wachsen begriffen. In der Tschecho-Slowakei ist die herrschende Klasse in solche Schwierigkeiten geraten, daß von einem offenen Kriegszug tschechischer Truppen gegen die deutsche Revolution kaum die Rede sein kann, besonders angesichts der wachsenden Kraft der KPTsch. Sogar in Ungarn, das von Horty geleitet wird, hat sich die Lage derart zugespitzt, daß die Eisenbahner trotz des Belagerungszustandes streiken. Die Rückendeckung gegen Polen wird in jedem Falle von Sowjetrußland sichergestellt.
Der Bund Sowjetdeutschlands und Sowjetrußlands wird auch die Wehrkraft der beiden mächtig heben. Die Krise reift heran. Der Einsatz ist ungeheuer. Es naht der Augenblick, wo eines vonnöten sein wird: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit.

15. August 1923
Kislowodsk
Quelle: RGASPI, Moskau, Fonds 495, Verzeichnis 293. Akte 1.

Dokument 2

Rücktrittsmanifest der kommunistischen Regierungsmitglieder in Thüringen vom 12. November 1923

An die Thüringer Arbeiterschaft! An die Thüringer Regierung! An den Thüringer Landtag!
Der Sieg des Faschismus, der sich in Gestalt des Reichswehrgenerals von Seeckt ganz Deutschland unterworfen hat, erschließt für das deutsche Proletariat eine ununter-

brochene Kette schwerer Niederlagen, er eröffnet aber gleichzeitig eine neue Reihe unerhörter schwerer Kämpfe, in denen sich die Massen des werktätigen Volkes zur Freiheit durchringen und die politische Macht erkämpfen werden. In der jetzt nahezu abgeschlossenen Periode der proletarischen Niederlagen hat die KPD unausgesetzt und durch Enttäuschungen und Verrätereien der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer nicht beirrt, alles daran gesetzt, die Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus und die Diktatur des Großkapitals zu schaffen. Alle diese Bemühungen sind durch die sozialdemokratischen Führer zunichte gemacht (worden). Durch die große Koalition im Reiche hat die VSPD dem Großkapital die Staatsgewalt ausgeliefert. In der großen Koalition hat die VSPD die Demokratie durch das Ermächtigungsgesetz, die Republik durch den Belagerungszustand abgeschafft. Als Steigbügelhalter der weißen Generäle haben die sozialdemokratischen Reichsminister bei der Niederwerfung der proletarischen Position in Mitteldeutschland geholfen. Im Bunde mit den Gewerkschaftsspitzen haben die VSPD-Führer versucht, der werdenden Einheitsfront des Proletariats in Sachsen und Thüringen den Todesstoß zu versetzen. In klarer Erkenntnis der ungeheuren Gefahr für das Proletariat hat die KPD in Sachsen und Thüringen alle parteipolitischen Differenzen mit der VSPD zurückgestellt, um in einer sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterregierung in Sachsen und Thüringen ein Bollwerk der republikanischen und proletarischen Verteidigung zu schaffen.

Die vor vier Wochen gebildete sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung in Thüringen hat keine der Aufgaben erfüllt, zu denen sie sich in ihrer Erklärung vom 17. Oktober feierlich verpflichtet hatte. Sie wollte sein eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung gegen die verfassungswidrige Militärdiktatur im festen Block mit dem benachbarten Sachsen, gestützt auf die proletarischen Kampforgane in Thüringen und im Reiche. Alle diese Versprechungen übernahm sie angesichts der Tatsache, daß der entscheidende Vorstoß des schwerindustrieellen Großkapitals und seiner politischen und militärischen Helfershelfer gegen das werktätige Volk schon begonnen hatte und mit besonderer Wucht das rote Mitteldeutschland bedrohte. Als die Truppen der weißen Generäle das benachbarte Sachsen überschwemmten und der politische Bankrotteur Stresemann, ermächtigt vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, durch brutalen Staatsstreich die sächsische Arbeiterregierung absetzte, haben wir in der Regierung gefordert, dem sächsischen Proletariat die versprochene Treue zu halten.

Die sozialdemokratischen Minister der Regierung haben aber abgelehnt, die werktätigen Massen Thüringens zu einem Proteststreik aufzurufen. Sie waren nicht einmal bereit, gemeinsam mit uns einen Aufruf an die Thüringer Arbeiterschaft zu richten. Die von der Regierung nach langem Kampfe einstimmig beschlossene Veröffentlichung des Protestschreibens an die Reichsregierung wurde durch Verschulden des sozialdemokratischen Ministers Frölich hinausgezögert, bis sie unwirksam geworden war. Wir sagten der VSPD voraus, daß sich das Schicksal

Sachsens in Thüringen wiederholen würde, und forderten sie auf, rechtzeitig die Abwehr des drohenden Anschlages zu organisieren. Statt dessen wurde von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern eine illoyale Geheimpolitik gegen uns getrieben und der leitende sozialdemokratische Staatsminister Frölich bereitete schon den Dolchstoß vor, den er in der Stunde der Gefahr gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Koalition führen wollte.

Die wichtigsten Punkte des vor der Regierungsbildung vereinbarten Koalitionsprogramms wurden von der VSPD sabotiert.

Der außerparlamentarische Ausschuß, der die Verbindung zwischen Regierung und proletarischen Massen sein sollte, wurde von der VSPD durch bewußte Verschleppung arbeitsunfähig gemacht und in der zweiten Sitzung unter nichtigen Vorwänden gesprengt. Mit derselben Hinterhältigkeit hat die VSPD die Vereinbarungen über den Ausbau und das Zusammenwirken der republikanischen Notwehren gebrochen. Der sozialdemokratische Staatsminister Frölich suchte statt dessen in seinen Verhandlungen mit Geßler und Stresemann die republikanischen Notwehren der Sozialdemokratie durch die Denunzierung der unsrigen zu retten. Als die bayerischen Faschisten ihre legalen und illegalen Kampfverbände zum Vorstoß an der Thüringer Grenze zusammenballten, stellten wir an die Regierung die Forderung, sofort die organisierte Arbeiterschaft zur Abwehr zu mobilisieren.

Die sozialdemokratischen Minister und Frölich riefen statt dessen die Reichswehr ins Land, von der sie selbst erklärt hatten, daß sie niemals gegen Bayern kämpfen würde. Der Leiter der Thüringer Landespolizei, Oberst Müller-Brandenburg, stellte sich auf Befehl des Innenministers, des Sozialdemokraten Hermann, dem Reichswehrgeneral zur Verfügung. Er verhaftete und verfolgte die Führer der proletarischen Hundertschaften. Er bedrohte mit den schärfsten Maßnahmen alle Gemeindevorsteher, die ihm nicht die Waffenlager der Arbeiterschaft und die Führer der Notwehren denunzierten. Die von uns beantragte Verhinderung dieses offenen Verrates wurde von der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit unter nichtigem Vorwande abgelehnt.

Die feige Unentschlossenheit und Hinterhältigkeit der ganzen Politik der VSPD hat Thüringen wehr- und würdelos den Volksfeinden ausgeliefert.

Indem die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder vorschützten, daß sie den Generälen keinerlei Vorwand geben dürften, unterdrückten sie jedes Wort und jede Handlung der Abwehr. Statt das werktätige Volk Thüringens zur Verteidigung aufzurufen, hat der unbestrittene Führer der Sozialdemokraten in Thüringen, der Minister Frölich, im Einverständnis mit den Herren Hermann, Dietrich und Brill, die durch den Einmarsch der Reichswehr geschaffene Lage dazu benutzt, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierungskoalition zu sprengen. Sie haben sich damit zu Verbündeten der Seeckt-Geßler-Stresemann gemacht, zu offenen Helfershelfern der gegenwärtigen faschistischen Reichsregierung.

Am Tage nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen verlangten Stresemann

und Geßler den Rücktritt der Regierung Zeigner und die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Am Tage nach dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen verhandelte der leitende Staatsminister Frölich in Berlin mit Geßler und Stresemann darüber, wie man die Kommunisten am besten aus der Regierung hinauswerfen könnte, und verlangte dann in einem Artikel der „Ostthüringer Volkszeitung" die Ausschaltung der Kommunisten aus der Thüringer Regierung und die Bildung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition. Die Selbstentlarvung einer verräterischen Führerclique zeigt dem werktätigen Volke Thüringens den wahren Kurs der VSPD-Politik: mit Seeckt und Ebert gegen die letzten Errungenschaften der Novemberrepublik!

Die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Thüringen sollte nach dem Willen der proletarischen Massen aller Parteirichtungen eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung sein. Die sozialdemokratische Regierungsmehrheit macht sie durch ihre feige Unentschlossenheit, ihre hinterhältige Geheimpolitik und durch die brutale Überstimmung der kommunistischen Minderheit zu einer Regierung des Arbeiterverrats.

Aus diesen Gründen legen wir unsere Ämter nieder und scheiden aus der Regierung aus.

Weimar, den 12. November 1923.
gez. Tenner, Neubauer, Korsch.

Quelle: Der Kampfruf. Organ des revolutionären Proletariats Großthüringens, Jena, den 17. November 1923.